



Botschafter von Ungarn

Herrn Berthold Kohler
Herausgeber
Frankfurter Allgemeine Zeitung

Berlin, den 3. April 2020

Sehr geehrter Herr Kohler,

gestatten Sie mir, auf den heutigen Leitartikel Ihrer Zeitung zu reagieren. Ich kann Ihnen versichern, ich antworte nicht auf alle Artikel und Erklärungen über Ungarn (denn dafür würden die 24 Stunden eines Tages auch nicht ausreichen). Warum ich es in diesem Fall doch tue, hat zwei Gründe. Erstens mein Respekt gegenüber der „FAZ“. In den vergangenen Tagen erschienen mehrere Hundert Artikel, Kommentare, Erklärungen und Interviews über mein Heimatland. Nach jetzigem Stand wurde der beanstandete, kritisierte ungarische Standpunkt insgesamt fünf (fünf!) Mal gedruckt. Darunter befand sich auch die „FAZ“. (Ich möchte alle beruhigen, dass die „FAZ“ sehr wohl kritisch ist, und meiner Beurteilung nach könnte diese starke Kritik selbst kritisiert werden, aber unter den heutigen Umständen ist es ein besonderer Wert, wenn zumindest die Meinung, die Position des Anderen nicht unter Quarantäne gestellt wird.) Außerdem erhielt ich von Ihnen und von Ihren Mitarbeitern mehrere Male die Möglichkeit zu einem persönlichen Gespräch, zu einer Diskussion, deren Schwierigkeitsgrad sich proportional zu derer zivilisierten und europäischen Natur verhielt.

Am heutigen Tage kommentierte Ihr Mitarbeiter das Urteil des Europäischen Gerichtshofs von gestern mit dem Titel „Mit der Dachlatte“ auf der Titelseite. Ich bin mir dessen bewusst, dass der Zorn vielerorts und bei vielen Personen sehr ausgeprägt ist, manche würden gar gerne körperliche Züchtigung uns gegenüber anwenden – sei es mit der Dachlatte, mit einer Folterbank, oder mit Ohrfeigen auf offener Straße –, aber bleiben wir auf dem Boden der trockenen Tatsachen und der langfristigen Erwägungen.

Das Urteil selbst ist klar. Drei europäische Länder haben europäisches Recht verletzt, indem sie ihren Verpflichtungen aus dem Ratsbeschluss vom 22. September 2015 nicht nachgekommen sind. Der Europäische Gerichtshof hält an diesem Punkt inne. Ob es weitere Entwicklungen geben wird, liegt in der Entscheidungskompetenz der Europäischen Kommission. Offenkundig sind viele enttäuscht, weil – vorerst – keine



Botschafter von Ungarn

Sanktionen verordnet wurden, obwohl sie die „Dachlatte“ schon aus der Scheune geholt haben.

Gleichzeitig stimme ich mit dem Autor des Artikels darin voll und ganz überein, dass die Frage, wo der gemeinsame Wille für die Lösung gemeinsamer Probleme bleibt, nach einer Antwort verlangt. Der Umgang mit dem „politischen Virus“, der sich in Folge des Gerichtsurteils in der schwierigen Phase des Kampfes gegen den Coronavirus entwickelt hat, ist eine grundlegende Frage, von deren Erfolg der Zusammenhalt der Europäischen Union und der von Frau von der Leyen zurecht geforderte Aufbau von Muskelstruktur abhängen.

In Ihrem Artikel werden wir aufgefordert, endlich aufzuwachen. Wir haben darüber bereits gesprochen, an jenem verhängnisvollen Tag, dem 22. September 2015 war ich als ständiger Vertreter meines Landes anwesend bei der Debatte des Rates, nahm sogar als aktiver Beteiligter daran teil. Mein damaliges Empfinden hat sich später bestätigt: Das war einer der traurigsten Tage in der Geschichte der europäischen Integration. Viereinhalb Jahre später muss ich sagen, lange Zeit waren nur die Ungarn und seine Visegrader Verbündeten wach. Wir waren nicht nur wach, wir sind auch wachsam geblieben, und waren als Burgkapitän der EU und somit auch Deutschlands der einzige Hüter der Errungenschaften Schengens. Soviel über Zuverlässigkeit und Vertragstreue. Das europäische Recht wurde nicht von Ungarn ignoriert, sondern von der damaligen Kommission, die behauptet hatte, dass die Außengrenzen nicht geschützt werden können. Viereinhalb schwere Jahre liegen hinter uns, und es bedarf der dramatischen Entwicklungen Anfang 2020, dass die Wahrheit der Ungarn aus 2015 zu einem europäischen *Mainstream* wurde.

Über die Entscheidung des Rates selbst wurden zwei Sachen offensichtlich. Zum einen das es keinerlei Lösung herbeiführt. Wir haben damals schon gesagt: Wenn wir die Außengrenzen nicht schützen, dann ist es das Ende des Schengen-Systems, also des europäischen Lebens- und Wirtschaftsmodells. Wir haben schon damals gesagt, dass die Anzahl unserer Mitmenschen in Not so enorm ist, dass dieses Problem auf europäischem Boden nicht gelöst werden kann. Die Lösung ist nicht der Import solcher Probleme, die auf europäischem Boden nicht zu lösen sind, sondern der Export von Hilfe. Viele dachten damals - darunter der damalige Präsident des Rates, der seitdem mein Land in den deutschen Medien regelmäßig angreift, ohne dass wir die Chance hätten, auf die Angriffe zu reagieren -, dass die Quote für 98,25 Personen alle Probleme lösen kann. Wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass lediglich 35 % dieser Kontingente umgesetzt wurde. Demnach wirft die Behauptung, wonach nur diese drei Länder ihre Verpflichtungen nicht erfüllt haben, das Risiko der Diskriminierung auf.



Botschafter von Ungarn

Inhaltlich war die Entscheidung des Rates nicht desto weniger ein Irrweg, als der Weg der zu dieser Entscheidung geführt hat. (*Der beruflichen Disziplin folgend werde ich mir meine diesbezüglichen persönlichen Erlebnisse so lange, bis die Geheimhaltungsregel in Kraft sind für mich behalten*). Das sehen nicht nur wir Ungarn so. Einer meiner Interviewpartner aus der jüngsten Vergangenheit, ein prominenter Politiker und Stratege der Grünen - der wenig Sympathien für die ungarische Regierung übrig hat, und glaubt die Regierung sei rassistisch, was natürlich tief verletzend ist - hat sich wie folgt darüber geäußert: „Ich habe es immer für verfehlt gehalten, eine mechanische Quote innerhalb der EU zu erzwingen“.

Aber wie soll es weitergehen? Wo ist der Wille zur gemeinsamen Lösung der gemeinsamen Probleme, den Ihr Mitarbeiter, vermisst? Nach Auffassung Ungarns ist dies kein hoffnungsloses Unterfangen, aber - zugegeben - durchaus eine große Herausforderung für die Europäische Kommission, wenn sie ihren Vorschlag für das neue GEAS unterbreiten wird.

Unsere Position stützt sich auf drei Pfeiler. Der erste Pfeiler, was dessen Bedeutung und auch was die Reihenfolge anbelangt, ist zweifelsohne der Schutz der Außengrenzen. Ja, die Errichtung einer Festung. Dies hört sich für viele nicht schön an, trotz alledem ist es wahr, und lebensnah. Da viele finanzielle Sanktionen gegenüber meinem Land fordern, möchte ich unterstreichen, dass sich die Kosten für den Schutz der Außengrenzen in den letzten viereinhalb Jahren auf 1,5 Milliarden Euro belaufen haben. Die wurden nahezu in Gänze von den vermeintlich anti-solidarischen ungarischen Steuerzahlern getragen und die Mittel hierfür im ungarischen Haushalt wurden durch die Wirtschafts- und Fiskalpolitik der Orbán-Regierung, welche jetzt mit Sanktionen belegt werden sollte, bereitgestellt. Anfang dieses Jahres erhielt Griechenland, das mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert ist, nicht nur moralische und politische Unterstützung - richtiger Weise! -, sondern auch 700 Millionen Euro. Wenn wir einen gesamteuropäischen Solidaritätsvergleich vornehmen, können wir feststellen, dass Ungarn als eines der am meisten solidarischen Mitgliedsländer angesehen werden kann.

Den zweiten Pfeiler bilden die Maßnahmen für die Fluchtursachenbekämpfung. Hunderte ungarische Soldaten dienen in fernen Krisengebieten. Sie riskieren dabei ihr Leben und die Steuerzahler finanzieren mit großen Summen die Missionen in Afghanistan, Irak, Mali und auf dem Balkan. Auch das ist Solidarität der besten Sorte.

Der dritte Pfeiler ist der umstrittenste Punkt, aber es zeigt sich auch in dieser Hinsicht große Konvergenz. Ungarn vertritt den Standpunkt, dass nicht die Verteilung einiger hundert Migranten, sondern die Unterstützung zehntausender vor Ort die richtige und funktionierende Form der Hilfe für hilfsbedürftige Mitmenschen ist. Das



Botschafter von Ungarn

„Hungary Helps“ Programm – das auf Deutsch auf der Homepage der Botschaft zur Verfügung steht - beinhaltet einen zusammenfassenden Katalog unserer Leistungen, worauf wir stolz sind.

Ein Punkt bleibt noch offen, nämlich die obligatorische Verteilung. Dafür gibt es keine rechtliche und vertragliche Grundlage. Dies ist auch inhaltlich problematisch, denn die Mehrheit der Migranten die die europäischen Außengrenzen erreichen, wissen bereits wohin sie wollen. Andererseits warten in Krisengebieten hunderte Millionen Menschen, die noch mehr auf Hilfe angewiesen sind. Sollte es Mitgliedstaaten geben, die an die Verteilung glauben, die aus humanitären oder (auch) aus wirtschaftlichen Erwägungen dieses Modell bevorzugen, steht es ihnen frei dies tun. Das obligatorisch zu machen war ein Fehler, was nach bitteren Auseinandersetzungen und Streitigkeiten die Mehrheit begriffen hat. Es wäre aber auch ein schwerwiegender Fehler, dies als das einzige Maß der Solidarität zu betrachten.

Sehr geehrter Herr Kohler,

Ich biete Ihnen meine Kooperation an, um im Dschungel der Herausforderungen mit dieser „Dachlatte“ den Weg gemeinsam für Europa zu ebnen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Péter Györkös